

Öffentliche Konsultation zum Schutz von Hinweisgebern

Mit * markierte Felder sind Pflichtfelder.

Informationen über die Veröffentlichung

* WICHTIGER HINWEIS ZUR VERÖFFENTLICHUNG VON BEITRÄGEN

Die im Rahmen dieser Umfrage eingehenden Beiträge werden auf der Website der Europäischen Kommission veröffentlicht.

Sind Sie mit der Veröffentlichung Ihres Beitrags einverstanden?

Weitere Informationen sind in der beiliegenden Datenschutzerklärung enthalten

- Ja, mein Beitrag darf in meinem Namen (oder dem Namen meiner Organisation) veröffentlicht werden
- Ja, mein Beitrag darf veröffentlicht werden, sollte aber anonymisiert werden (ohne Angabe der Person/Organisation)

Identifizierung

* In welcher Eigenschaft füllen Sie diesen Fragebogen aus?

- In meinem eigenen Namen
- Im Namen einer Organisation

* Um welche Art von Organisation handelt es sich dabei?

- Unternehmensvereinigung/Berufsverband
- Gewerkschaft/Gewerkschaftsbund
- Unternehmen (juristische Person mit Wirtschaftstätigkeit)
- Akademische Einrichtung/Forschungsinstitut
- Anwaltskanzlei/Notar
- Krankenhaus
- Medien
- Nichtregierungsorganisation (NRO)
- Öffentliche Behörde/Verwaltung
- Unabhängige Aufsichtsbehörde (z. B. unabhängiges Organ, das in den Bereichen Verbraucherschutz, Wettbewerb, Regulierung des Energiesektors, Zentralbanken, Rechnungsprüfungsorgane usw. tätig ist)
- Justizbehörden und Strafverfolgungsstrukturen
- Sonstige
- Nicht zutreffend

* In welchem Bereich ist Ihre Organisation tätig?

- Verarbeitendes Gewerbe
- Einzelhandel
- Transport
- Gesundheit
- Bildung
- Energie
- Lebensmittelsicherheit
- Umwelt
- Sicherheit
- Bankdienstleistungen/sonstige Finanzdienstleistungen
- Finanz- oder Steuerberatung
- Rechtsberatung
- Justiz/Strafverfolgung
- Beratung
- Medien
- Menschenrechte
- Akademische Einrichtung/Forschungsinstitut
- Sonstige

* Bitte nähere Angaben

höchstens 50 Zeichen

unternehmer nrw vertritt verschiedene Bereiche

* Bitte nähere Angaben

- Unternehmensvereinigung
- Berufsverband

* Ist Ihre Organisation im EU-Transparenz-Register vertreten?

Für die Teilnahme an der Konsultation ist eine Registrierung nicht zwingend erforderlich. Wir möchten Sie jedoch dazu ermutigen, sich [hier](#) zu registrieren, da das Transparenzregister für die Bürger ein direkter und zentraler Zugangspunkt zu Informationen darüber ist, wer an Aktivitäten beteiligt ist, die darauf abzielen, den EU-Entscheidungsprozess zu beeinflussen, welche Interessen verfolgt werden und welche Ressourcen in diese Aktivitäten investiert werden.

- Ja
- Nein

Geben Sie bitte Ihre Register-ID an

325733417003-21

* Bitte geben Sie den Ort des Sitzes Ihrer Organisation an

Hauptsitz im Falle multinationaler Organisationen

- Österreich
- Belgien
- Bulgarien
- Kroatien
- Zypern
- Tschechische Republik
- Dänemark
- Estland
- Finnland
- Frankreich
- Deutschland
- Griechenland
- Ungarn
- Irland
- Italien
- Lettland
- Litauen
- Luxemburg
- Malta
- Niederlande
- Polen
- Portugal
- Rumänien
- Slowakische Republik
- Slowenien
- Spanien
- Schweden
- Vereinigtes Königreich
- Sonstige

Haben Sie in den letzten zehn Jahren im Rahmen Ihrer **direkten Arbeitserfahrung** Kenntnis von Fällen von Hinweisgebern erlangt?

- Ja
- Nein

Wahrnehmung und Standpunkte zum Schutz von Hinweisgebern

Sind Sie der Meinung, dass Hinweisgeber geschützt werden sollten?

- Ja
- Nein
- Weiß nicht

Wie oft erstatten Arbeitnehmer Ihrer Meinung nach Meldung, wenn sie eine Bedrohung oder Beeinträchtigung des öffentlichen Interesses befürchten?

- Sehr oft
- Oft
- Selten
- Sehr selten
- Weiß nicht

Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Gründe, aus denen eine Person beschließen könnte, von einer Meldung abzusehen?

Bitte bewerten Sie die Wichtigkeit 1: sehr wichtig, 2: wichtig, 3: beschränkt wichtig, 4 nicht wichtig

	1	2	3	4	Weiß nicht
Weiß nicht, wo/wie eine Meldung erfolgen kann	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Gefährdung/Beeinträchtigung des öffentlichen Interesses ist schwer nachzuweisen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es wird ohnehin keine Maßnahme ergriffen, um das Fehlverhalten abzustellen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Furcht vor rechtlichen Konsequenzen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Furcht vor finanziellen Konsequenzen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es wäre illoyales Verhalten	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es wäre eine Verletzung des Berufsgeheimnisses	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Negative Einstellung gegenüber Hinweisgebern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Angst vor schlechtem Ruf	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sonstige	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Worin bestehen Ihrer Meinung nach die VORTEILE von Regeln, die Organisationen des öffentlichen und privaten Sektors dazu zwingen, Hinweisgeber zu schützen?

Bitte bewerten Sie die Wichtigkeit: 1: sehr wichtig, 2: wichtig, 3: beschränkt wichtig, 4 nicht wichtig

	1	2	3	4	Weiß nicht
Verstärkte Einhaltung der Rechtsvorschriften durch öffentliche Behörden und Unternehmen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Stärkung der Meinungsfreiheit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Unternehmen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Förderung einer Kultur der Transparenz und der Rechenschaftspflicht am Arbeitsplatz	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Steigerung der Motivation der Arbeitnehmer	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Steigerung des Wohlbefindens der Arbeitnehmer	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sonstiger Vorteil (bitte angeben)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Für weitere Anmerkungen können Sie das Feld unten verwenden

höchstens 500 Zeichen

Der Schutz von Hinweisgebern sollte möglichst praxisnah auf der Grundlage von freiwilligen Regelungen in den Unternehmen selbst erfolgen. Viele Unternehmen in Deutschland haben deshalb die Möglichkeit zur Meldung von innerbetrieblichen Missständen geschaffen.

In welchen Bereichen sind Ihrer Meinung nach Vorschriften zum Schutz von Hinweisgebern von Vorteil?

Bitte bewerten Sie die Wichtigkeit: 1: sehr wichtig, 2: wichtig, 3: beschränkt wichtig, 4 nicht wichtig

	1	2	3	4	Weiß nicht
Beitrag zum Kampf gegen Betrug und Korruption	<input type="radio"/>				
Beitrag zur ordnungsgemäßen Verwaltung von öffentlichen (nationalen und EU) Geldern	<input type="radio"/>				
Stärkung des Vertrauens der Investoren	<input type="radio"/>				
Beitrag zum Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerumgehung	<input type="radio"/>				
Verbesserung des Schutzes der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit	<input type="radio"/>				
Verbesserung der Lebensmittelsicherheit	<input type="radio"/>				
Verbesserung des Umweltschutzes	<input type="radio"/>				
Förderung des lautereren Wettbewerbs	<input type="radio"/>				
Sonstiger Vorteil (bitte angeben)	<input type="radio"/>				

Für weitere Anmerkungen können Sie das Feld unten verwenden

höchstens 500 Zeichen

Im deutschen Recht gibt es bereits heute eine Vielzahl von Vorschriften, die Arbeitnehmer zur Anzeige der Verletzung von gesetzlichen Pflichten ermächtigen. Hierzu zählen zum Beispiel die Bereiche des Arbeitsschutzes und des Umweltschutzes.

Worin bestehen Ihrer Meinung nach die NACHTEILE von Regeln, welche Organisationen des öffentlichen und privaten Sektors dazu zwingen, Hinweisgeber zu schützen?

Bitte bewerten Sie die Wichtigkeit 1: sehr wichtig, 2: wichtig, 3: beschränkt wichtig, 4 nicht wichtig

	1	2	3	4	Weiß nicht
Sie ermutigen zu falschen oder überzogenen Meldungen	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sie untergraben das Vertrauen der Öffentlichkeit in öffentliche Einrichtungen, wenn Informationen, die als vertraulich oder geschützt erachtet werden, von Beamten offengelegt werden (z. B. persönliche Steuerinformationen)	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sie untergraben das gegenseitige Vertrauen am Arbeitsplatz	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sie führen zu erheblichem Verwaltungsaufwand/erheblichen Kosten für den privaten Sektor	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sie führen zu erheblichem Verwaltungsaufwand/erheblichen Kosten für den öffentlichen Sektor	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sie untergraben das Vertrauen zwischen Unternehmen / Geschäftspartnern	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sie untergraben das Vertrauen zwischen Kunden und Dienstleistungsanbietern (z. B. Rechtsberatern, Steuerberatern, Buchhaltern, Unternehmensberatern)	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sie schaden der Reputation des Unternehmens/dem Vertrauen in öffentliche Einrichtungen	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sie fördern die Weitergabe von vertraulichem Know-how und Geschäftsinformationen	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sonstige Nachteile (bitte angeben)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Für weitere Anmerkungen können Sie das Feld unten verwenden

höchstens 500 Zeichen

Rechtliche Vorgaben können der unternehmerischen Vielfalt häufig nicht gerecht werden. Was beispielsweise für ein großes Unternehmen tragbar sein könnte, wäre für ein kleines Unternehmen eine übermäßige Belastung. Deshalb sollte es den Unternehmen obliegen, tatsächlich zu beurteilen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Welche der nachstehend genannten Aspekte könnten Ihrer Meinung nach dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit für Rechte von Hinweisgebern und Verfahren sensibilisiert wird, die für den wirksamen Schutz von Hinweisgebern wichtig sind?

Bitte bewerten Sie die Wichtigkeit 1: sehr wichtig, 2: wichtig, 3: beschränkt wichtig, 4 nicht wichtig

	1	2	3	4	Weiß nicht
Eine klare rechtliche Definition der Bedrohungen für das öffentliche Interesse, bei denen ein Schutz von Hinweisgebern vorgesehen ist	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Klare allgemeine Informationen und Sensibilisierungsmaßnahmen seitens des Staates (z. B. Informationskampagnen) in Bezug auf die Rechte von Hinweisgebern (auch zur Beratung und Unterstützung) und die anwendbaren Verfahren	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Eindeutige Informationen von Organisationen des privaten oder öffentlichen Sektors an ihre Mitarbeiter im Hinblick auf die Rechte von Hinweisgebern (auch zur Beratung und Unterstützung) und die einschlägigen internen Verfahren	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Klare Informationen und Sensibilisierungsmaßnahmen seitens der Gewerkschaften in Bezug auf die Rechte von Hinweisgebern (auch zur Beratung und Unterstützung) und die anwendbaren Verfahren	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sonstiges (bitte angeben)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Für weitere Anmerkungen können Sie das Feld unten verwenden

höchstens 500 Zeichen

Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit sollte über Informationsmaßnahmen erfolgen. Rechtliche Regelungen sind der falsche Weg, um eine Debatte in der breiten Öffentlichkeit anzuregen.

Welche der nachstehend genannten Aspekte sind Ihrer Meinung nach für den wirksamen Schutz von Hinweisgebern wichtig?

Bitte bewerten Sie die Wichtigkeit: 1: sehr wichtig, 2: wichtig, 3: beschränkt wichtig, 4 nicht wichtig

	1	2	3	4	Weiß nicht
Kanäle für die interne Meldung von Fehlverhalten in einer Organisation/einem Unternehmen	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kanäle für die Meldung von Fehlverhalten an Aufsichtsbehörden	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Schutz im Falle der Offenlegung gegenüber der Öffentlichkeit (Medien, Webplattformen usw.), sofern keine Kanäle für interne Meldungen oder Meldungen an Aufsichtsbehörden verfügbar sind, diese nicht ordnungsgemäß funktionieren oder nicht erwartet werden kann, dass diese ordnungsgemäß funktionieren.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Angemessene Untersuchung der Meldungen und Offenlegungen von Hinweisgebern	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Schutz vor Repressalien am Arbeitsplatz	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Schutz von Hinweisgebern in Verwaltungsverfahren	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Straffreiheit von Hinweisgebern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Immunität bei zivilen Schadenersatzklagen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Finanzielle Unterstützung zur Abdeckung der Kosten von Gerichtsverfahren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Psychologische Unterstützung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sonstiges (bitte angeben)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Für weitere Anmerkungen können Sie das Feld unten verwenden

höchstens 500 Zeichen

Wesentlich ist, dass der Hinweisgeber zunächst die innerbetriebliche Klärung sucht. Nur unter bestimmten Umständen ist eine weitergehende Meldung denkbar. Der Schutz vor Repressalien am Arbeitsplatz ist durch das deutsche Recht sowie die vorhandenen unternehmensinternen Regelungen zum Whistleblowing bereits ausreichend gewährleistet.

Welche der nachstehend genannten Aspekte in Bezug auf den Schutz vor Repressalien am Arbeitsplatz sind Ihrer Meinung nach für den wirksamen Schutz von Hinweisgebern wichtig?

Bitte bewerten Sie die Wichtigkeit: 1: sehr wichtig, 2: wichtig, 3: beschränkt wichtig, 4 nicht wichtig

	1	2	3	4	Weiß nicht
Schutz der Vertraulichkeit von Daten der Hinweisgeber, auch wenn diese anonym, aber identifizierbar sind	<input type="radio"/>				
Schutz vor Entlassung, z. B. einstweiliger Rechtsschutz zur Aussetzung der Entlassung, Recht auf Wiedereinsetzung am Arbeitsplatz usw.	<input type="radio"/>				
Schutz vor Beurlaubung	<input type="radio"/>				
Schutz vor Herabstufung	<input type="radio"/>				
Schutz vor dem Einbüßen von Beförderungschancen	<input type="radio"/>				
Schutz vor Strafversetzung	<input type="radio"/>				
Schutz vor Lohnkürzung oder Lohnabzügen	<input type="radio"/>				
Schutz vor Mobbing durch Vorgesetzte und /oder Kollegen	<input type="radio"/>				
Umkehr der Beweislast, so dass in einem glaubhaft gemachten Sachverhalt, der Arbeitgeber nachweisen muss, dass eine gegen einen Hinweisgeber ergriffene Maßnahme nicht gegen eine Offenlegung des Hinweisgebers gerichtet ist	<input type="radio"/>				
Schutz vor Aufnahme auf eine schwarze Liste	<input type="radio"/>				
Finanzielle Unterstützung zur Abdeckung der Kosten von Gerichtsverfahren	<input type="radio"/>				
Entschädigung bei Entlassung oder finanziellen Verlusten	<input type="radio"/>				
Sonstiges (bitte angeben)	<input type="radio"/>				

Für weitere Anmerkungen können Sie das Feld unten verwenden

höchstens 500 Zeichen

Diese Frage lässt sich nicht pauschal beantworten. Insbesondere das in § 612a BGB geregelte Maßregelverbot gewährleistet hinreichenden Schutz von Hinweisgebern. Konkrete Ausgestaltungen sind darüber hinaus nicht erforderlich, es kann auf vorhandene Strukturen zurückgegriffen werden. So würde z.B. die angesprochene Umkehr der Beweislast zu neuen bürokratischen Lasten für Unternehmen führen indem der Dokumentationsaufwand erheblich ausgeweitet werden müsste, um sich ggf. exculpieren zu können.

Welche der folgenden Schutzmaßnahmen für Dritte sind Ihrer Meinung nach im Kontext des Hinweisgebens wichtig?

Bitte bewerten Sie die Wichtigkeit: 1: sehr wichtig, 2: wichtig, 3: beschränkt wichtig, 4 nicht wichtig

	1	2	3	4	Weiß nicht
Anforderung, dass die Hinweisgeber die von ihnen offengelegten Informationen für richtig halten müssen	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Anforderung, dass die Hinweisgeber keine eigenen Interessen verfolgen	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Anforderung, dass die Offenlegung eine Angelegenheit des öffentlichen Interesses betrifft	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Schutz der Rechte der von der Meldung betroffenen Person bzw. des von der Meldung betroffenen Unternehmens (z. B. Menschenwürde, personenbezogene Daten, Geschäftsgeheimnisse und Wahrung der Verteidigungsrechte), einschließlich Schutz vor missbräuchlichen/böswilligen Meldungen	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Vorschriften, die darauf abzielen, ein Gleichgewicht zu finden zwischen dem Interesse der Arbeitgeber an der Lenkung ihrer Organisation und am Schutz ihrer Interessen und dem Recht der Öffentlichkeit über eine Gefährdung der öffentlichen Interessen informiert zu werden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Vorschriften, die darauf abzielen, ein Gleichgewicht zu finden zwischen der Pflicht zur Wahrung des Berufsgeheimnisses und dem Recht der Öffentlichkeit, über eine Gefährdung der öffentlichen Interessen informiert zu werden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sonstiges (bitte angeben)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Für weitere Anmerkungen können Sie das Feld unten verwenden

höchstens 500 Zeichen

Bestehende Vorschriften und deren Wirkung

*Sind Ihnen Vorschriften bekannt, die in ihrem Wohnsitzland (private Staatsbürger) oder Niederlassungsland (Organisationen) zum Schutz von Hinweisgebern bestehen?

- Ja
- Nein

Glauben Sie, dass die bestehenden Vorschriften einen ausreichenden Schutz für Hinweisgeber bieten?

- Ja
- Nein
- Weiß nicht

Für weitere Anmerkungen können Sie das Feld unten verwenden

höchstens 500 Zeichen

in Deutschland gibt es heute bereits eine Vielzahl von Vorschriften, die den Arbeitnehmer zur Anzeige der Verletzung der gesetzlichen Pflichten durch den Arbeitgeber ermächtigen. Hierzu gehören u.a. § 17 ArbSchG, §§ 53 ff. BImSchG, §§ 84,85 BetrVG. Besonders das Maßregelungsverbot in § 612a BGB gewährlistet hinreichenden Schutz von Hinweisgebern. Darüber hinaus hat die Rechtsprechung ein Anzeigerecht anerkannt und hierfür Leitlinien aufgestellt.

Hinweisgeber genießen in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten ein sehr unterschiedliches Schutzniveau und sind in einigen EU-Mitgliedstaaten nur beschränkt oder überhaupt nicht geschützt. Worin bestehen Ihrer Meinung nach die wahrscheinlichen negativen Auswirkungen eines fehlenden oder unzureichenden Schutzes von Hinweisgebern in einigen EU-Mitgliedstaaten auf andere EU-Mitgliedstaaten und die EU insgesamt?

Bitte bewerten Sie die Wahrscheinlichkeit 1: sehr wahrscheinlich, 2: wahrscheinlich, 3: beschränkt wahrscheinlich; 4. unwahrscheinlich.

	1	2	3	4	Weiß nicht
Negative Auswirkungen auf den Schutz der <u>öffentlichen Interessen</u> auch derjenigen Mitgliedstaaten, die einen stärkeren Schutz der Hinweisgeber vorsehen, oder der öffentlichen Interessen <u>der EU insgesamt</u> (in Bereichen wie Bekämpfung von Betrug und Korruption, Steuerhinterziehung und Steuerumgehung, Missbrauch personenbezogener Daten und Marktmissbrauch, Schutz der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit, Lebensmittelsicherheit und Umwelt, Schutz des lautereren Wettbewerbs)	<input type="radio"/>				

<p>Negative Auswirkungen auf den Schutz der <u>finanziellen Interessen der EU</u> (sowohl in Bezug auf EU-Ausgaben, beispielsweise Betrug mit EU-Fördermitteln sowie EU-Einnahmen, beispielsweise durch Zollbetrug)</p>	<input type="radio"/>				
<p>Negative Auswirkungen auf das <u>Wohlbefinden der Arbeitnehmer</u>, deren Unternehmen ihre Tätigkeit von einem Mitgliedstaat mit einem höheren Schutzniveau für Hinweisgeber in einen Mitgliedstaat mit einem niedrigeren Schutzniveau verlagern</p>	<input type="radio"/>				
<p>Negative Auswirkungen auf die <u>grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitnehmern</u>, die sich scheuen würden, von einem Mitgliedstaat mit einem hohen Schutzniveau für Hinweisgeber in einen Mitgliedstaat mit einem niedrigeren Schutzniveau oder überhaupt keinem Schutz zu ziehen</p>	<input type="radio"/>				
<p>Negative Auswirkungen auf die <u>Niederlassungsfreiheit</u> von Unternehmen, die sich scheuen würden, ihren Sitz von einem Mitgliedstaat, der ein höheres Schutzniveau bietet, in einen Mitgliedstaat mit einem niedrigeren Schutzniveau oder überhaupt keinem Schutz zu verlagern (was zu einer weniger stark ausgeprägten Kultur der Integrität und Rechenschaftspflicht und zu einem geringen Vertrauen der Investoren führen würde)</p>	<input type="radio"/>				
<p>Negative Auswirkungen auf die <u>Niederlassungsfreiheit</u> von Unternehmen, die sich scheuen würden, ihren Sitz in einen Mitgliedstaat mit einem höheren Schutzniveau für Hinweisgeber zu verlagern (z. B. wenn die Einführung der diesbezüglichen Vorkehrungen zu wesentlichen Verwaltungskosten aufgrund der erforderlichen Änderungen des Geschäftsmodells führen würde)</p>	<input type="radio"/>				

Negative Auswirkungen auf den <u>freien Kapitalverkehr</u> , da Investoren sich davor scheuen würden, in Unternehmen zu investieren, die in einem Mitgliedstaat mit geringem oder keinem Schutz angesiedelt sind	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Negative Auswirkungen auf den <u>freien Kapitalverkehr</u> , da Investoren nur in Unternehmen investieren würden, die in einem Mitgliedstaat mit geringem oder keinem Schutz von Hinweisgebern angesiedelt sind (z. B. sofern die Einführung diesbezüglicher Vorkehrungen zu signifikanten Verwaltungskosten führen würde)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<u>Wettbewerbsverzerrung</u> auf EU-Ebene aufgrund des geringeren Niveaus der Einhaltung der entsprechenden Rechtsvorschriften und der Integrität und Rechenschaftspflicht in Mitgliedstaaten mit einem geringen oder keinem Schutz von Hinweisgebern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sonstige negative grenzüberschreitende Auswirkungen (bitte angeben)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es gibt keine derartigen negativen Auswirkungen	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Für weitere Anmerkungen können Sie das Feld unten verwenden

höchstens 500 Zeichen

Hinweisgeber werden zumeist im Rahmen rein nationalen Sachverhalten tätig. Deshalb ist nicht davon auszugehen, dass ein unterschiedliches Schutzniveau innerhalb der EU-Mitgliedstaaten nachteilige Auswirkungen hat. Das Thema "Schutz von Hinweisgebern" ist wichtig. Gleichwohl dürfte es bei grundlegenden Entscheidungen wie die Frage der Niederlassung oder der Arbeitnehmermobilität nicht im Fokus der relevanten Faktoren stehen.

Worin bestehen Ihrer Meinung nach die wahrscheinlichen positiven Auswirkungen eines fehlenden Schutzes von Hinweisgebern in einigen EU-Mitgliedstaaten auf andere EU-Mitgliedstaaten und die EU insgesamt?

Bitte bewerten Sie die Wahrscheinlichkeit: 1. sehr wahrscheinlich, 2. wahrscheinlich; 3. beschränkt wahrscheinlich; 4. unwahrscheinlich

	1	2	3	4	Weiß nicht
Positive Auswirkungen auf den Schutz der <u>öffentlichen Interessen</u> auch der Mitgliedstaaten, die einen beschränkten oder keinen Schutz für Hinweisgeber bieten oder für das öffentliche Interesse <u>der EU insgesamt</u> (aufgrund von Folgewirkungen, z. B. Anreize für Mitgliedstaaten in den Wettbewerb zu treten)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Positive Auswirkungen auf das <u>Wohlbefinden der Arbeitnehmer</u> , deren Unternehmen die Tätigkeit von einem Mitgliedstaat mit einem niedrigeren Schutzniveau für Hinweisgeber in einen Mitgliedstaat mit einem höheren Schutzniveau verlagern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Positive Auswirkungen auf die <u>grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitnehmern</u> , die einen Anreiz hätten, um von einem Mitgliedstaat mit einem niedrigeren Schutzniveau für Hinweisgeber in einen Mitgliedstaat mit einem höheren Schutzniveau zu ziehen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Positive Auswirkungen auf die <u>Niederlassungsfreiheit</u> von Unternehmen, die einen Anreiz dafür hätten, ihren Sitz von einem Mitgliedstaat, der ein höheres Schutzniveau bietet, in einen Mitgliedstaat mit einem niedrigeren Schutzniveau oder überhaupt keinen Schutz zu verlagern (z. B. aufgrund der Verwaltungslast und -kosten).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Positive Auswirkungen auf den <u>freien Kapitalverkehr</u> , weil Investoren in Unternehmen mit Sitz in einem Mitgliedstaat mit einem niedrigen oder keinem Schutz investieren würden (z. B. aufgrund des geringeren Verwaltungsaufwands oder geringerer Verwaltungskosten)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Andere positive grenzüberschreitende Auswirkungen (bitte angeben)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es gibt keine derartigen positiven Auswirkungen	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Für weitere Anmerkungen können Sie das Feld unten verwenden

höchstens 500 Zeichen

Hinweisgeber werden zumeist im Rahmen der rein nationalen Sachverhalte tätig. Deshalb ist nicht davon auszugehen, dass ein unterschiedliches Schutzniveau innerhalb der EU-Mitgliedstaaten vorteilhafte Auswirkungen hat. Das Thema "Schutz von Hinweisgebern" ist wichtig. Gleichwohl dürfte es bei grundlegenden Entscheidungen wie die Frage der Niederlassung oder der Arbeitnehmermobilität nicht im Fokus der relevanten Faktoren stehen.

Bedarf an Mindeststandards

Unter Berücksichtigung der Aspekte, die Ihren Angaben zufolge für einen wirksamen Schutz von Hinweisgebern wichtig sind, wer sollte Ihrer Meinung nach rechtlich verbindliche Mindeststandards für diese Aspekte setzen?

- Keine rechtliche Pflicht erforderlich
- Ausschließlich nationale Vorschriften
- EU-Rechtsvorschriften (in Verbindung mit innerstaatlichen Rechtsvorschriften)
- Keine Meinung

Bitte hier alle etwaigen Positionspapiere oder Hintergrundinformationen hochladen.

Das optionale Dokument darf nur als zusätzliche Hintergrundinformation dienen, mit der Ihre Position erläutert wird, und sollte folglich den beantworteten Fragenbogen nicht ersetzen.

Background Documents

[bg_background_document.pdf \(/eusurvey/files/dbcd7674-9489-4e7b-9528-0e36912a9a50\)](/eusurvey/files/dbcd7674-9489-4e7b-9528-0e36912a9a50)

[cs_background_document.pdf \(/eusurvey/files/8d0a9439-5025-4733-a4ad-05649e67cb0a\)](/eusurvey/files/8d0a9439-5025-4733-a4ad-05649e67cb0a)

[da_background_document.pdf \(/eusurvey/files/68c4ee5e-8eb7-4781-aa9f-6148a77cec67\)](/eusurvey/files/68c4ee5e-8eb7-4781-aa9f-6148a77cec67)

[de_background_document.pdf \(/eusurvey/files/df7a1a91-557d-4817-af25-c4015402acf3\)](/eusurvey/files/df7a1a91-557d-4817-af25-c4015402acf3)

[el_background_document.pdf \(/eusurvey/files/33b10676-4ec6-4d65-9901-1bc01e5b80c0\)](/eusurvey/files/33b10676-4ec6-4d65-9901-1bc01e5b80c0)

[en_background_document.pdf \(/eusurvey/files/469bbe99-1f78-40f7-8bd9-b9738c3ca6a3\)](/eusurvey/files/469bbe99-1f78-40f7-8bd9-b9738c3ca6a3)

[es_background_document.pdf \(/eusurvey/files/d0489d65-84f6-44c7-86b1-f0a110613d3e\)](/eusurvey/files/d0489d65-84f6-44c7-86b1-f0a110613d3e)

[et_background_document.pdf \(/eusurvey/files/ddfdd7be-2e41-4b34-9a0a-2a44c018e1c4\)](/eusurvey/files/ddfdd7be-2e41-4b34-9a0a-2a44c018e1c4)

[fi_background_document.pdf \(/eusurvey/files/21f4ec83-cda5-4d21-b0cd-a7f7516eb61a\)](/eusurvey/files/21f4ec83-cda5-4d21-b0cd-a7f7516eb61a)

[fr_background_document.pdf \(/eusurvey/files/cdd360a8-b303-40ea-b20b-7ff20efe9179\)](/eusurvey/files/cdd360a8-b303-40ea-b20b-7ff20efe9179)

[hr_background_document.pdf \(/eusurvey/files/540597ce-7b4e-4eaf-b2fb-5338e48aca6b\)](/eusurvey/files/540597ce-7b4e-4eaf-b2fb-5338e48aca6b)

[hu_background_document.pdf \(/eusurvey/files/656e23d9-a21d-4810-89db-b3645602c929\)](/eusurvey/files/656e23d9-a21d-4810-89db-b3645602c929)
[it_background_document.pdf \(/eusurvey/files/3a0cc23b-460d-44dd-80dc-a1cf83f90d7b\)](/eusurvey/files/3a0cc23b-460d-44dd-80dc-a1cf83f90d7b)
[lt_background_document.pdf \(/eusurvey/files/67021a15-e504-4a01-89f2-a69c9cb9df4f\)](/eusurvey/files/67021a15-e504-4a01-89f2-a69c9cb9df4f)
[lv_background_document.pdf \(/eusurvey/files/09b71b2d-68ab-46ef-959d-474f5a619160\)](/eusurvey/files/09b71b2d-68ab-46ef-959d-474f5a619160)
[mt_background_document.pdf \(/eusurvey/files/c1e79664-85d6-46ae-9a63-5f720d7cf67e\)](/eusurvey/files/c1e79664-85d6-46ae-9a63-5f720d7cf67e)
[nl_background_document.pdf \(/eusurvey/files/28b17879-9a10-48ca-8f27-4febb750a04f\)](/eusurvey/files/28b17879-9a10-48ca-8f27-4febb750a04f)
[pl_background_document.pdf \(/eusurvey/files/8e79486a-82dc-4f5e-8cee-2380d9d66ebb\)](/eusurvey/files/8e79486a-82dc-4f5e-8cee-2380d9d66ebb)
[pt_background_document.pdf \(/eusurvey/files/1ee7314b-951e-442c-8c35-e108df0b44db\)](/eusurvey/files/1ee7314b-951e-442c-8c35-e108df0b44db)
[ro_background_document.pdf \(/eusurvey/files/b62bdfd1-6c34-41d1-92fb-ebfff8ecfe75\)](/eusurvey/files/b62bdfd1-6c34-41d1-92fb-ebfff8ecfe75)
[sk_background_document.pdf \(/eusurvey/files/f59e60f8-5379-479d-8cc3-1629f9b05138\)](/eusurvey/files/f59e60f8-5379-479d-8cc3-1629f9b05138)
[sl_background_document.pdf \(/eusurvey/files/53941eec-95b9-442a-93ff-e3cf22fb3e0a\)](/eusurvey/files/53941eec-95b9-442a-93ff-e3cf22fb3e0a)
[sv_background_document.pdf \(/eusurvey/files/d34b1fd4-f80a-4bfc-9bc6-bea7dc3175c2\)](/eusurvey/files/d34b1fd4-f80a-4bfc-9bc6-bea7dc3175c2)

Contact

JUST-C2-CHARTE@ec.europa.eu
